

Christine Schindler

Editorische Vorbemerkung

Das Jahrbuch 2020 ist die mittlerweile 35. Ausgabe dieses Periodikums, das 1986 zum ersten Mal erschien – drei Jahre nach Errichtung der Stiftung Dokumentationsarchiv und 23 Jahre nach der Gründung des Instituts als Verein. In den ersten Jahren von Siegwald Ganglmair betreut, wird es seit 20 Jahren von Christine Schindler zusammengestellt. Es ist ohne Unterbrechung erschienen und hat unzählige Aspekte der NS-Herrschaft nicht nur aus der Sicht der Zeitgeschichtsforschung, sondern auch in interdisziplinärer Herangehensweise beleuchtet. Es ist somit zu einer der wichtigsten Publikationen des DÖW geworden, deren Inhalt weit über den Charakter eines Jahrbuches im engeren Sinn hinausgeht. Der Themenbogen der Beiträge – verfasst von MitarbeiterInnen des DÖW, aber auch von KollegInnen aus dem In- und Ausland – spannt sich vom Holocaust und Widerstand hin zu den NS-Medizinverbrechen, Flucht und Vertreibung, Verfolgung der Roma und Sinti, genderspezifischen Fragestellungen, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Entnazifizierung im bürokratischen und juristischen Sinn, Erinnerungspolitik sowie Entschädigung und Rückstellungen nach 1945. Weitere Schwerpunkte widmeten sich wesentlichen Fragen der Vermittlung und der Forschungsstruktur, den großen Datenbankprojekten der 1990er und 2000er Jahre sowie biografischen Zugängen. Vermehrt fanden in den vergangenen Jahren regionale Aspekte Beachtung. Das Jahrbuch 2016 zu den Reichsgauen Niederdonau und Groß-Wien erhielt den Wissenschaftspreis des Landes Niederösterreich. 2014 widmete sich das Jahrbuch den Tätern aus Österreich in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, in der SS, Gestapo und den Erschießungskommandos.

In jeder Ausgabe ist auch Platz für Texte außerhalb des Schwerpunktes. Diese sogenannten „Varia“-Artikel sind oft grundlegende Beiträge, die einen unbeachteten Aspekt der Zeitgeschichte ausarbeiten. Die Jahrbücher umfassen Aufsätze aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, aus der Vermittlung, der Gedenkkultur und aus dem künstlerischen Bereich. Das Jahrbuch ist seit Jahren zum gleichbleibenden moderaten Preis erhältlich und wird etwa ein Jahr nach Erscheinen auf www.doew.at kostenlos zur Verfügung gestellt. Die gedruckte Ausgabe geht an alle einschlägigen Bibliotheken, Gedenkstätten und an die Mitglieder des DÖW. Im Mittelpunkt stehen die Aufarbeitung der

Geschichte, neue wissenschaftliche Erkenntnisse, aber auch das Gedenken an die Verfolgten.

Das DÖW bemüht sich seit seiner Gründung, die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf der Basis seines breiten Quellenbestandes für die wissenschaftliche Forschung, aber auch eine interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die Verwobenheit unserer Gesellschaft mit der Vergangenheit aufzudecken und die Spuren der Verfolgten (und der Täter) ebenso sichtbar zu machen wie die Leerräume, die den Verjagten und Ermordeten oft sogar die Erinnerung versagt.

Das Jahrbuch 2020 *Nisko 1939. Die Schicksale der Juden aus Wien* geht aus einem mehrjährigen Forschungskonvolut des DÖW zu den Deportationen der jüdischen Bevölkerung hervor, das in ein Projekt zu den Deportationen aus Wien nach Nisko im Oktober 1939 mündete. Die Konzeption des Forschungsvorhabens zur Klärung des Schicksals der insgesamt mindestens 4.800 aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz nach Nisko am San deportierten Männer wurde 2018 begonnen, das vorerst auf ein Jahr anberaumte Projekt startete Anfang 2020. Der Fokus liegt dabei auf den aus Wien Deportierten. Im Herbst 2019 wurde hierzu eine Auftaktkonferenz in Wien mit Beteiligung ukrainischer und deutscher Forscherinnen – Andrea Löw (Zentrum für Holocaust-Studien am IfZ München), Olga Radchenko (Bohdan Khmelnytsky National University, Cherkasy, Ukraine) – durchgeführt, deren Ergebnisse nun vorliegen. Die Konferenz, die von Claudia Kuretsidis-Haider (unter Mitarbeit von Winfried Garscha, Wolfgang Schellenbacher und Christine Schindler) entworfen, koordiniert und organisiert wurde, fand im Renner-Institut Wien statt, die Leiterin des Renner-Instituts Maria Maltschnig und der Direktor des DÖW Gerhard Baumgartner begrüßten die TeilnehmerInnen, Claudia Kraft vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien führte durch die Veranstaltung.

Ziel des vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, vom Zukunftsfonds der Republik Österreich und vom Bundesministerium für Soziales geförderten Projektes, das von Claudia Kuretsidis-Haider geleitet wird, ist die Erschließung von Quellen zur Nisko-Aktion sowie das Sichtbarmachen des Schicksals der deportierten Männer. Eine valide Liste der Deportierten soll erstellt werden, die Diskussion um die Problematik verschiedener Zahlen und Listen kann im vorliegenden Jahrbuch nur begonnen werden.

Der Historiker und DÖW-Mitarbeiter Jonny Moser hatte jahrelang an dem Thema gearbeitet – sein Buch erschien 2012 posthum in der Edition Steinbauer: *Nisko – Die ersten Judendeportationen*. Die Mosers Publikation zugrunde liegenden Quellen sind allerdings leider nicht alle öffentlich zugänglich, sondern

im Privatbesitz seiner Erben. Darüber hinausgehende Quellen zum Thema müssen erst erschlossen werden. Diese Quellenrecherche und die Rekonstruktion der Schicksale der deportierten Männer fokussiert auf jene Personen, die im Lager Zarzecze bei Nisko untergebracht und nach dessen Schließung nach Wien zurückgekehrt waren. Die Auftaktkonferenz und das vorliegende Jahrbuch thematisier(t)en darüber hinaus auch jene Männer, die in die Sowjetunion vertrieben wurden und von denen wenige Namen bekannt sind. Grundsätzlich sind bislang keine umfassenden Auflistungen der Deportierten und keine ausführlicheren biografischen Angaben zu den einzelnen Vertriebenen erschienen. Diese Recherchen führt das DÖW ab 2020 durch. Unter der Leitung von Claudia Kuretsidis-Haider erforschen Wolfgang Schellenbacher, Winfried R. Garscha, Gerhard Ungar und Dieter J. Hecht verschiedene Aspekte dieses Themas.

Im Zuge des Projektes wird eine frei zugängliche Online-Dokumentenedition entwickelt, in der Dokumente aus verschiedenen Archiven des In- und Auslandes zusammengeführt werden. Diese Dokumentenedition zu Nisko wird in Zusammenarbeit mit der vom *FP7/Horizon 2020* der Europäischen Union finanzierten Forschungsinfrastruktur *European Holocaust Research Infrastructure (EHRI)*, (<https://www.ehri-project.eu/>) erstellt, die die pragmatische Vernetzung der internationalen Forschungsgemeinschaft zum Ziel hat. DÖW-Mitarbeiter Wolfgang Schellenbacher hat in mehreren, auch internationalen Projekten eine tiefgehende Expertise erworben, die in dieses Projekt einfließt. Digitalisierung und virtuelle Vernetzung auch von historischer Forschung sind seit langem Schwerpunkte des DÖW und erhalten durch die Corona-Krise, auf deren Höhepunkt dieses Jahrbuch entstanden ist, eine besondere Dynamik.

Im Jahrbuch des DÖW 2018 *Forschungen zu Vertreibung und Holocaust* verortete der Historiker und DÖW-Mitarbeiter Winfried R. Garscha in seinem Beitrag *Deportation als Vertreibung. Eichmanns Nisko-Experiment 1939 im Kontext der nationalsozialistischen „völkischen Flurbereinigung“* die Nisko-Transporte im Rahmen vergleichbarer zeitnaher Deportationen und späterer Verschickungen als die größte der frühen nationalsozialistischen Aktionen zur ethnischen „Flurbereinigung“. Im Jahrbuch 2019 legte Garscha einen neue Erkenntnisse bringenden Artikel zur Mordstätte *Maly Trostinec* vor und das diesjährige Jahrbuch publiziert seinen ebenso grundlegenden und quellengesättigten Beitrag zur Nisko-Aktion: *Achtzig Jahre Ungewissheit. Die Nisko-Aktion 1939 und ihre verschollenen Opfer*.

Am 20. Oktober 1939 wurden 912, am 26./27. Oktober 672 Männer von Wien nach Nisko am San deportiert. Der Ende Oktober ebenfalls schon in Vorbereitung befindliche 3. Transport, der auch Familienangehörige nachbringen sollte, kam nicht mehr zustande, da die Aktion von Berlin aus abgebrochen

wurde. Weitere Transporte gingen aus Ostrava/Mährisch-Ostrau und Katowice/Kattowitz ab. Winfried Garscha beschreibt und analysiert in seinem Aufsatz alle wesentlichen Aspekte der sogenannten Nisko-Aktion: ihre Einordnung in die frühen Vertreibungen (1938 bis 1941) und die ersten großen Deportationen; die militärischen und politischen Entwicklungen und Vereinbarungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ab August 1939 und die Situation nach dem Angriff der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941. Auch den verschiedenen Zahlenangaben spürt Garscha – wie schon bei seinen Arbeiten zur Vernichtungsstätte Maly Trostinec – akribisch nach, auch was die Flüchtlinge in der Sowjetunion betrifft. Garscha verortet die Deportationen im buchstäblichen Sinn mit großer geografischer Kenntnis und historisch in der österreichischen, tschechoslowakischen und polnischen Geschichte sowie in den kollektiven Gedächtnissen der Nachkriegsgesellschaften in Österreich, Tschechien und Polen.

Aufgrund der vorhandenen internationalen Forschungsliteratur – darunter die Arbeiten eines ehemaligen Nisko-Deportierten aus Mährisch-Ostrau, der in Israel den Namen Seev Goshen angenommen hatte, und des tschechischen Historikers Mečislav Borák – und eigenen Archiv- und Literaturrecherchen schildert Garscha die einzelnen Deportationen nach Nisko. Er zeigt die Pläne, Entscheidungsketten, Konkurrenzen und Befehlsstrukturen auf Seiten der NS-Machthaber, insbesondere um Adolf Eichmann auf, thematisiert die erzwungene Kollaboration der Jüdischen Gemeinden und schildert anhand von Zeitzeugenaussagen den Ablauf der Transporte und die Geschehnisse vor Ort. Die Männer, die nach Abbruch der Aktion im April 1940 nach Wien zurückkehren konnten, fielen großteils den späteren Verfolgungen zum Opfer.

Auf der Grundlage detaillierter und umfassender Kenntnisse in historische, geografische und kulturelle Zusammenhänge in den Regionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lässt der Autor ein umfassendes Bild der Ereignisse entstehen. In jahrzehntelanger Arbeit ist es – in erster Linie durch die namentliche Erfassung der Holocaust-Opfer durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – gelungen, Todesdatum und Ort der Ermordung des Großteils der deportierten jüdischen ÖsterreicherInnen zu eruieren. Zu fast 64.300 der vermutlich mehr als 66.500 Ermordeten sind die Daten auf der Website des DÖW abfragbar. Von den fast 1.600 Männern, die im Oktober 1939 mit den ersten beiden Deportationszügen vom Wiener Aspangbahnhof nach Nisko am San transportiert wurden, konnten bislang aber erst wenige Hundert Schicksale rekonstruiert werden. Bei allen anderen ist ungewiss, ob sie im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete an Hunger und Krankheiten zugrunde gingen, ob sie von den Nationalsozialisten nach dem deutschen

Überfall auf die Sowjetunion in Lemberg oder einem anderen Zufluchtsort in den besetzten Gebieten der Sowjetunion ermordet wurden, ob sie als Häftlinge oder Zivilinternierte in einem sowjetischen Lager starben – oder ob sie überlebten und nach 1945 freiwillig in der UdSSR blieben.

Einige Biografien, wie sie in den kommenden Jahren für möglichst viele der österreichischen Deportierten erstellt werden sollen, recherchierte Claudia Kuretsidis-Haider für den Beitrag „*Du darfst nicht glauben, dass ich mutlos bin*“. *Biografische Skizzen zu Nisko-Deportierten aus Wien*. Im Zentrum steht dabei das Schicksal von Wilhelm Grünwald, der auf dem Jahrbuchcover mit Schicksalsgefährten zu sehen ist. Er wurde mit dem 1. Transport von Wien nach Nisko deportiert und dann über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie in die UdSSR getrieben. Im Oktober 1942 wurde Grünwald im Zuge der Liquidierung des Ghettos Sdolbunow zusammen mit 1.500 Juden und Jüdinnen von einem deutschen Sonderkommando erschossen. Das Foto wurde zusammen mit vielen anderen Informationen von seinem Sohn Oskar Grünwald zur Verfügung gestellt, der in den vergangenen Monaten viele Gespräche mit Claudia Kuretsidis-Haider geführt und auch an der Nisko-Konferenz im September 2019 mitgewirkt hatte. Kuretsidis-Haiders Beitrag enthält Auszüge aus Briefen an Grünwalds Ehefrau Aloisia, die mit dem kleinen Sohn in Wien zurückgeblieben war und um den Ehemann bangte, den sie nie wiedersehen sollte.

Der Beitrag geht dem Schicksal weiterer Deportierter nach: Walter Weiner, die Brüder Baumann, Leopold Sonnenfeld, Robert Deman, Hans Steinschneider, Josef Berger, Fritz Rerucha, Wilhelm Merl. Fotos aus früheren, glücklicheren Tagen, Dokumente der Verfolgung, verzweifelte Briefe an Angehörige umreißen die Konturen dieser so unverschuldet tragischen Leben.

Während der Beitrag von Kuretsidis-Haider aus den privaten Briefen der Deportierten zitiert, thematisiert die Stellvertretende Leiterin des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München, Andrea Löw, die Hilferufe an die IKG: „*Die Lage ist unter diesen Umständen sehr unsicher*“. *Briefe deportierter Wiener Juden vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940 an die Israelitische Kultusgemeinde Wien*. Perfide haben die NS-Machthaber die Jüdischen Gemeinden allerorten in die jeweiligen Verfolgungsmaßnahmen verstrickt und zur Mitarbeit gezwungen. Ohne Alternative und im Bemühen, das Beste für die ihnen Anvertrauten zu erreichen, führten die Vertreter der Kultusgemeinden einen aussichtslosen Kampf. Gerade die Wiener Kultusgemeinde konnte ihre deportierten Mitglieder im fernen Nisko nicht substantiell unterstützen, was die Verzweiflung vieler Deportierter in Verbitterung umschlagen ließ. Hinzu kam, dass die Deportationen in wesentlichen Schritten von der IKG

mitorganisiert werden mussten. Sie hatte die Listen jener Unglücklichen zu erstellen, diese zu informieren und zum Bahnhof zu bringen.

Die Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden wurden ebenso getäuscht wie die Deportierten selbst: Weder Arbeit noch gute Verpflegung erwarteten sie in dem neuen „Siedlungsgebiet“. Schon der Transport, erst recht die Ankunft waren geprägt von Entbehrungen und Misshandlungen, die wenigsten wurden in das rudimentäre Lager vor Ort aufgenommen. Ohne Habseligkeiten, ohne Papiere irrten viele Wiener Juden, die es nicht über die Demarkationslinie in die Sowjetunion geschafft hatten, herum, wurden ausgeraubt und ließen sich vollkommen mittellos in umliegenden Orten nieder. Angewiesen auf die Unterstützung der Bevölkerung vor Ort, die mit den Tausenden Ankömmlingen überfordert war, versuchten sie sich zu organisieren und Hilfe aus Wien zu erlangen. Die jüdische Bevölkerung war selbst verarmt, die „polnische“ den Flüchtlingen gegenüber ablehnend eingestellt. Andrea Löw zitiert aus den Briefen von Wiener Juden – auch aus der sowjetischen Zone erreichten manche Schreiben Wien – an die amerikanische Hilfsorganisation *American Jewish Joint Distribution Committee*, die Israelitischen Kultusgemeinden in Wien und Mährisch-Ostrau sowie an die Jüdische Gemeinde in Lublin. Die Wiener Gemeinde konnte etwas Unterstützung nur über Mährisch-Ostrau übermitteln, solange Hilfe überhaupt möglich war.

Olga Radchenko, Professorin für Tourismus und Hotelwesen an der Universität Cherkassy (Ukraine), sichtete für ihren Artikel *Jüdische Nisko-Deportierte aus Wien in der Sowjetunion* vor allem Ermittlungsakten des sowjetischen Innenministeriums NKWD in ukrainischen Archiven, die Informationen, Dokumente, Privataufnahmen, Fotos, Briefe zu den Deportierten aus Wien enthalten. Die Unterlagen sind seit 2015 Forschenden zugänglich. Weitere Informationen stammen aus russischen Datenbanken (<http://base.memo.ru>) und der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem.

Anhand dieser Unterlagen – darunter Dokumente sowjetischer Behörden und Aussagen der Betroffenen selbst – zeichnet Radchenko das Schicksal von 30 Juden nach, die nach ihrer Ankunft in Nisko in die Sowjetunion getrieben wurden oder sich dorthin flüchteten. Sie schildert die Flucht auf sowjetisches Gebiet, die Ankunft der meisten schließlich in Lemberg (Lwiw), die Verhöre nach der Ankunft in der Sowjetunion und die allgemeine Lage in diesem Teil des Landes angesichts Hunderttausender Flüchtlinge. Es mangelte auch dort an Nahrungsmitteln und Unterkünften. Viele Geflohene meldeten sich zur Arbeit im Inneren der Sowjetunion, andere wollten weiterreisen oder zu ihren Familien nach Wien zurückkehren. Die Meldung zur Aus- oder Rückreise zog ab Frühjahr 1940 die Verhaftung und Deportation in Arbeitslager nach sich. Aber

auch Bemühungen der Wiener Juden, ihre Familienangehörigen nachzuholen, führten paradoxerweise oft zur Verhaftung.

Die Männer wurden ins Gulagsystem gezogen, das ständig Nachschub an Arbeitskräften brauchte. Um der Inhaftierung einen Anstrich von Legalität zu geben, wurden sie aufgrund des illegalen Grenzübertritts zu mehreren Jahren Zwangsarbeit – in Bergwerken, bei der Holzgewinnung, bei großen Bauprojekten – verurteilt. Die Lebensbedingungen in den Lagern waren elend, viele gingen an Erschöpfung zugrunde, waren physisch und psychisch den Entbehnungen auf Dauer nicht gewachsen. Hinzu kamen die stalinistischen Repressionen, verstärkt ab dem Sommer 1941, im Zuge derer langjährige Haftstrafen oder Todesurteile wegen vermeintlicher Spionage und anderer Vorwürfe ausgesprochen wurden. Dennoch waren die Überlebenschancen in der Sowjetunion ungleich besser als in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten, wo die gesamte jüdische Bevölkerung gezielt ermordet wurde.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft kamen manche, die die sowjetischen Lager überlebt hatten, nach Österreich zurück. Wenige wollten allerdings hier bleiben, sondern viele bemühten sich um die Ausreise vor allem in die USA. Für andere bedeutete das Kriegsende hingegen keine Befreiung. Sie meldeten sich bei der österreichischen Vertretung in Moskau, erhielten Papiere und etwas Geld und suchten um eine Ausreisegenehmigung an. Dies führte ab Ende der 1940er Jahre zu ihrer neuerlichen Verhaftung, erneuten Spionagevorwürfen (früher für Deutschland, nun für die USA) und weiteren Verurteilungen. Manche wurden neuerlich wegen des illegalen Grenzübertritts 1939 – nach der Vertreibung durch die Nationalsozialisten – verurteilt. Vielen geflüchteten und mit knapper Not der Vernichtung entkommenen Juden war damit nach dem Kriegsende ein schwereres Los beschieden als den meisten ihrer Naziverfolger. Erst nach Stalins Tod 1953 wurden die Urteile aufgehoben und die sich noch in der Sowjetunion aufhaltenden Nisko-Deportierten durften ausreisen. Einzelne blieben freiwillig in der Sowjetunion. Etwa 80 Personen sind nach Österreich zurückkehrt.

Am Bahnhofsgebäude in Nisko erinnert seit 1992 eine Tafel an die Deportationen – ein polnischer Auschwitz-Überlebender, der nach Kanada emigriert war, hatte sie in Erinnerung an die jüdischen Mitbürger anbringen lassen.

Doch nicht nur das Schicksal so vieler nach Nisko deportierter Männer liegt nach wie vor im Dunkeln. Auch an Ludwig Dub erinnert sich niemand mehr, weil es nichts mehr gibt, das an ihn erinnert, schreibt der Bibliothekar des DÖW Stephan Roth in seinem Beitrag „*Ein paar Watschen kannst haben, du [...]*“. Zur „*Arisierung*“ der Apotheke „*Zum heiligen Georg*“ in Himberg bei Wien. Um diesem Umstand abzuhelfen und die Geschichte des Himberger

Apothekers und seiner Familie festzuhalten, recherchierte Roth in den Akten diverser Archive, in örtlichen Gemeindechroniken, pharmazeutischen Zeitschriften sowie lokalen Zeitungen und Studien.

Ludwig Dub absolvierte schon einen Teil seiner Ausbildung in den 1890er Jahren in Himberg im niederösterreichischen Industrieviertel und kehrte nach dem Pharmaziestudium in Wien noch vor dem Ersten Weltkrieg dorthin zurück, wo er die Apotheke *Zum heiligen Georg* übernahm. Er war ein tüchtiger Apotheker und ein angesehener Bürger seiner Stadt. Roth skizziert nicht nur die Lebensgeschichte von Ludwig Dub und seiner kleinen Familie, sondern auch die geschichtliche Entwicklung der Stadt. Anhand zeitgenössischer Quellen entwirft der Autor das düstere Bild der Anschlussstage 1938. Die Beraubung der Familie Dub durch Karl und Maria Meixner zeichnet Roth im Detail nach. Ludwig Dub und seine Frau Irma wurden vertrieben, nach Riga deportiert und ermordet, ihre einzige Tochter Ernestine nahm sich im englischen Exil das Leben.

Das Ehepaar Meixner überlebte den Krieg. Als „Ariseur“ und „Alter Kämpfer“ – Mitglied der NSDAP bereits seit 1932, treues Mitglied der Partei auch in der Zeit, als Österreich um seine Unabhängigkeit rang – erwartete Meixner in der Zweiten Republik ein Volksgerichtsverfahren. Dessen Verlauf und Ausgang, das Bemühen der Himberger Gemeinde um posthume Gerechtigkeit für Ludwig Dub und das geschäftliche Geschick der „Ariseurin“ Maria Meixner runden dieses Kapitel österreichischer Geschichte ab. Offen bleibt, wie künftig die Erinnerung an die Familie Dub in ihrer einstigen Heimatgemeinde Platz finden wird.

Der Historiker Hans Schafranek thematisiert in seinem Beitrag *Österreicher und Österreicherinnen im französischen Widerstand gegen die deutsche Besatzung: der „Travail Allemand“ (TA)* den Anteil der ÖsterreicherInnen in der Résistance, die neben gebürtigen Franzosen und Französinen sowie anderen MigrantInnen aus ganz Europa, vor allem Juden und Jüdinnen, gegen die deutsche Besatzung arbeiteten. Schafranek analysiert die Forschungslage zur Bedeutung des Widerstandes von EmigrantInnen, die Strukturen, Arbeitsweise und Personen der (jüdisch-kommunistischen) Widerstandsbewegung. Der Begriff *Travail Allemand* bezeichnet eine bestimmte Art der Widerstandstätigkeit der deutschsprachigen Emigration in Frankreich und Belgien, die durch Agitation, Propaganda und Infiltration deutscher Institutionen wirken sollte. Die Entstehung des *Travail Allemand*, das Leitungsgremium und der Anteil von ÖsterreicherInnen und Deutschen werden ebenso dargestellt wie die einzelnen „Arbeitsbereiche“: die Herstellung und Verbreitung von Untergrundzeitungen und Flugblättern, die Infiltration der Besatzungsinstitutionen und die soge-

nannte Soldatenarbeit der Mädelsgruppen. Junge Frauen sollten Angehörige der Deutschen Wehrmacht beeinflussen – ein riskantes Unterfangen, das nicht selten mit Verhaftung, Folter und Deportation endete. Viele, fast ausnahmslos jüdische Frauen – manche von ihnen waren später im DÖW aktiv –, riskierten damals ihr Leben: Ester Tencer, Lotte Brainin, Gerti Schindel, Gisela Steinmetz, Rosel Jungmann, Lisa Gavric, Toni Lehr u. v. a. m. Irma Hirsch und ihr kleiner Sohn Georg wurden von Drancy nach Auschwitz deportiert und ermordet; Ester Tencer, die von Malines nach Auschwitz kam, überlebte das Vernichtungslager und arbeitete viele Jahre im DÖW – ihr widmeten Winfried R. Garscha, Claudia Kuretsidis-Haider und Heinz Arnberger im Jahrbuch 2012 einen Beitrag. Toni Lehr kam getarnt als Fremdarbeiterin von Frankreich ins Deutsche Reich, wurde verhaftet, ins KZ Ravensbrück deportiert und wirkte nach der Befreiung im KZ-Verband. Auch Gerti Schindel kam als französische (elsässische) Zivilarbeiterin getarnt zurück, flog wie fast alle auf und wurde nach Auschwitz deportiert; René Hajek, ihr Partner und Vater ihres Sohnes Robert Schindel, wurde in Dachau ermordet.

2018 veröffentlichte die Linzer Soziologin und historische Sozialforscherin Maria Prieler-Woldan ihre viel beachtete Monografie über Maria Etzer: *Das Selbstverständliche tun. Die Salzburger Bäuerin Maria Etzer und ihr verbotener Einsatz für Fremde im Nationalsozialismus*. Im vorliegenden Jahrbuch konzentriert sich die Autorin auf diese spezifische Art des Widerstandes und den Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit den widerständigen Frauen: „Der verbotene Umgang erfolgte bei Etzer nicht aus politischen Gründen ...“ *Das Schicksal einer in der NS-Zeit verfolgten Bergbäuerin*. Skizziert werden die Delikte des „verbotenen Umgangs“ und die Situation auf den Bauernhöfen, die vielfach zivile und kriegsgefangene Zwangsarbeitskräfte, Frauen wie Männer, anstelle der eingerückten Männer beschäftigten. Die gemeinsame Arbeit und engen Lebensverhältnisse führten zu Konflikten ebenso wie zu Naheverhältnissen. Da Kontakte von den Nationalsozialisten zwischen „Deutschen“ und den nahezu rechtlosen „Ausländern“ rigoros unterbunden wurden, gefährdeten schon elementarste menschliche Handlungen die Beteiligten, erst recht (vermeintliche oder tatsächliche) Liebesverhältnisse. Polnischen oder russischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern drohte dafür der Tod, den „deutschen“ Frauen Gefängnis und Konzentrationslager. Maria Etzer beschäftigte französische Zwangsarbeiter, behandelte sie wie auch die ukrainische Zwangsarbeiterin auf dem Hof menschlich und ermöglichte ihnen das Zusammentreffen mit ihren Landsleuten.

Wer die mehrfache Mutter und Großmutter angezeigt hat, ist bis heute nicht bekannt. Sie wurde 1943 verhaftet und vom Sondergericht Salzburg wegen ver-

botenen Umgangs zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie in Bayern verbüßte. Die Franzosen wurden vor ein Feldkriegsgericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt; ob sie überlebt haben, ist nicht bekannt.

Nach dem Krieg kämpfte Maria Etzer gegen Stigmatisierung und – erfolglos – um eine Opferrente. Ihr Widerstand wurde als nicht wesentlich und nicht politisch eingestuft.

75 Jahre nach ihrer Verurteilung und mehr als ein halbes Jahrhundert nach ihrem Tod fanden die Bemühungen ihrer Enkelin Brigitte Menne breitere Akzeptanz: Das Sondergerichtsurteil wurde 2018 aufgehoben und Maria Etzer vollständig rehabilitiert.

Der Widerstandskämpfer Peter Kammerstätter hatte sich zeitlebens der Erforschung des Widerstandes im Salzkammergut gewidmet und 1978 eine umfangreiche *Materialsammlung über die Widerstands- und Partisanenbewegung Willy-Fred. Freiheitsbewegung im Oberen Salzkammergut – Ausseerland 1943–1945* vorgelegt, die die Grundlage für weitere Regionalstudien bildete. Kammerstätter würdigte darin – wie die Autoren des Jahrbuchbeitrages Klaus Kienesberger und Lukas Meissel – auch den Anteil der Frauen entsprechend ihrer großen Bedeutung in der Partisanenbewegung. Der Kommunikationshistoriker Kienesberger und der Historiker Meissel, derzeit Doktorand an der Universität Haifa, führen in ihrem Artikel *Widerstandsfragmente. Struktur und Überlieferungsgeschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus im Ausseerland* Überlegungen zu Überlieferungsgeschichte und Quellen dieses regionalen Widerstandes aus, stellen seine Struktur und Verflechtung im lokalen Kontext dar und beleuchten insbesondere die Rolle der bekanntesten Protagonisten Sepp Plieseis und Albrecht Gaiswinkler. Zentrale Widerstandsaktivitäten werden von den Autoren auf ihre Glaubwürdigkeit eingeschätzt und die aufbrechenden Konfliktlinien nach der Befreiung miteinbezogen. Grundsätzlich, halten Kienesberger und Meissel fest, führt das Wesen von Widerstand, im Verborgenen handeln zu müssen, oft zu einer dünnen Quellenlage und schwierigen Überlieferungsgeschichte.

Mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, verbindet das Wiener Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eine langjährige Partnerschaft, die immer wieder in gemeinsame Projekte mündet. Derzeit erstellen DÖW-MitarbeiterInnen den Österreich-Band in der Reihe der GDW zu den JudenretterInnen in Europa. Peter Steinbach, Wissenschaftlicher Ko-Leiter (gemeinsam mit Johannes Tuchel) der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, ist Mitglied in der Jury des Herbert Steiner-Preises, der vom DÖW verliehen wird, und regelmäßiger Vortragender und Autor bei Veranstaltungen und in Publikationen des Dokumentationsarchivs. Im Beitrag *Entgrenzung des Rechts durch*

Polizei und Justiz in der NS-Zeit geht Steinbach der Entwicklung der deutschen Rechtsprechung im Nationalsozialismus sowie ihrem Verhältnis zur NSDAP und zur Polizei nach. Der Rechtsstaat, wie ihn Demokratien zum grundlegenden Prinzip haben, war naturgemäß ein Hauptfeind der Nationalsozialisten, die Gewaltenteilung – gesetzgebende Institutionen, eine unabhängige Justiz und eine exekutierende Verwaltung – eines ihrer ersten Opfer. Die Justiz wurde nach 1933 rasch gleichgeschaltet und arbeitete effizient mit dem übermächtigen Polizeiapparat zusammen. Richter – Frauen bekleideten dieses Amt damals noch nicht – waren dem Führer und der Partei verpflichtet, Sonderrechte für verschiedene Gruppen beendeten den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Die Umwandlung des Rechtssystems erfolgte laut Steinbach ohne nennenswerte Gegenwehr. Sondergerichte, darunter der berüchtigte Volksgerichtshof, wurden geschaffen, das Strafrecht wurde zur Waffe im politischen Kampf, ein willkürlich behauptbares „Volksempfinden“ wurde samt „Führerwillen“ zum Maßstab von Urteilen.

Steinbach skizziert die Pläne der Protagonisten des Juli 1944 für eine unabhängige Rechtsprechung und Nachkriegsordnung, die nach dem Scheitern des Umsturzversuches genau dieser politischen Justiz zum Opfer fielen. Nach der Befreiung mussten die Hinterbliebenen viele Jahre um ihr Recht, ihre Anerkennung und um Unterstützung kämpfen. Die Witwen und Waisen der hingerichteten Widerstandskämpfer wurden oft mit Hinweis auf nach wie vor gültige Urteile wegen Landesverrats abgewiesen. Kein Angehöriger des VGH wurde von einem bundesdeutschen Gericht verurteilt, viele blieben nach Kriegsende im Dienst und machten Karriere, wie Ernst Klee in seinem Personenlexikon zum Dritten Reich auflistet.

Die Nazifizierung der österreichischen Justiz ist ein aktuelles Projekt des DÖW, das von Ursula Schwarz im Auftrag des Justizministeriums durchgeführt wird. Über diese und viele andere Forschungen berichtet der Tätigkeitsbericht am Ende des Jahrbuchs. Die Projektmanagerin und Lektorin Christine Schindler beschreibt in *Erinnern, Erforschen, Erkennen* ausführlich das Wirken des DÖW als Archiv, Museum und Forschungsstätte 2019, seine Projekte und Veranstaltungen, die Publikationen und Vorträge seiner MitarbeiterInnen und vor allem auch die vielfältigen Vernetzungen und Kooperationen mit der österreichischen und internationalen Forschungs- und Gedenklandschaft.